

Für ein Europa der Vielfalt

Programm der Alternative für Deutschland (AfD)
für die Wahl zum Europäischen Parlament am 25. Mai 2014¹



I. Für ein Europa der Vielfalt (Präambel)

- EU ein Verbund souveräner Staaten, kein Bundesstaat
- AfD bekennt sich zur europäischen Idee
- Bürgerferner Kunststaat der Rechtsbrüche
- Subsidiarität statt Zentralismus
- Starkes Europa braucht selbstbewusstes Deutschland
- eine EU der Demokratie, der Freiheit, der Gerechtigkeit, des Rechts und der Solidarität

III. Für mehr Demokratie und gegen EU-Zentralismus! (Institutionelle Themen)

- III.1 Rückkehr zur Subsidiarität
- III.2 Mehr Demokratie, mehr Bürgerbeteiligung
- III.3 Weniger Bürokratie, geringere Kosten für die Mitgliedsstaaten
- III.4 Erst Konsolidierung, dann Erweiterung
- III.5 Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik

V. Mut zu DEUTSCHLAND! (Warum es richtig ist die AfD zu wählen)

- Die Zukunft Europas wurde der Eurorettung geopfert.
- Untersuchungsausschuss
- Vetorecht Deutschlands
- Ende des Abbaus der Souveränität

II. EU wird durch den Einheits-Euro gefährdet! (Euro- und Bankenrettung)

- II.1 Euro-Währungsunion und Staatsschuldenkrise
- II.1.1 Der Einheits-Euro hat zu einem Desaster geführt
- II.1.2 Für eine flexiblere Währungsordnung
- II.1.3 Stabilitätsunion statt Schuldensozialisierung
- II.2 Bankenkrise und Bankenregulierung
- II.2.1 Keine Sozialisierung von Bankschulden
- II.2.2 Härtere Eigenkapital- und Haftungsregeln für die Banken

IV. Für eine wettbewerbsfähige und soziale EU (sachpolitische Themen)

- IV.1 Für eine wirksamere Wirtschafts- und Wettbewerbspolitik
- IV.2 Kein Freihandelsabkommen zu Lasten Europas
- IV.3 Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik müssen vor Ort stattfinden
- IV.4 Menschenwürdige Zuwanderungs- und Asylpolitik
- IV.5 Bildungspolitik für eine europäische Generation
- IV.6 Forschung und Entwicklung finden in den Mitgliedsstaaten statt
- IV.7 Keine Gleichstellungspolitik nach EU-Vorgaben
- IV.8 Dezentrale Gesundheitspolitik
- IV.9 Energieversorgung und Umweltschutz
- IV.10 Regionale Landwirtschaft im europäischen Markt
- IV.11 Infrastrukturpolitik der Vernetzung
- IV.12 Datenschutz in der globalen Digitalgesellschaft

Die Erfolge der europäischen Einigung werden immer stärker durch den Euro gefährdet. Die Einheitswährung sät Zwietracht in der Eurozone, weil Südeuropa verarmt und die Gelder anderer Länder im Norden beansprucht. **Mit der „Eurorettung“ wächst - ohne demokratische Kontrolle - die Machtfülle europäischer Institutionen:** Der Europäischen Zentralbank, der Europäischen Kommission, des Europäischen Stabilisierungsmechanismus und der Bankenunion. So entsteht ohne Zustimmung der Bürger ein bürgerferner Kunststaat, der auf Vertrags- und Rechtsbrüche zurückgeht. Zusammen mit gewaltigen ökonomischen und sozialen Verwerfungen in den Südländern, der schleichenden Enteignung von Sparern und der ungerechten Belastung von Steuerzahlern der ökonomisch stabileren Staaten führt dies zu einer steigenden Ablehnung *dieser* EU durch ihre Bürger. **Die AfD will keine EU der geretteten Banken, der verzweifelten Jugendarbeitslosen und der Minimalrenten für die Alten!** Vielmehr soll der Mensch Mittelpunkt einer EU der starken Nationen sein. Alle Menschen sollen ihren Bildungs-, Berufs- und Lebensweg nach ihren Neigungen und Begabungen gestalten können und sich in selbstbestimmter sozialer Verantwortung ihren bedürftigen Mitmenschen zuwenden.

Die AfD steht für eine EU der inneren Stabilität, des wirtschaftlichen Erfolges und der sozialen Sicherung;

eine EU, in der jeder Mensch eine angemessen entlohnte Arbeit findet, in der die Perspektiven für junge Familien lohnend und die Renten nach einem langen Berufsleben auskömmlich sind. Sie will eine EU der Demokratie, der Freiheit, der Gerechtigkeit, des Rechts und der Solidarität mit den wirklich Bedürftigen. Das sind wir unseren Kindern schuldig.

Die EU wird durch den Einheits-Euro gefährdet

Die Einführung des Euro war eine Entscheidung gegen die ökonomische und politische Vernunft. Längst hat sich herausgestellt, dass der Einheits-Euro Europas Grundlagen zerstört. Er bewirkt Streit und das Wiederaufleben nationaler Vorurteile. Der Wohlstand und der Friede unter den Mitgliedsstaaten in der Eurozone sind gefährdet. Durch ihn sind grundlegende Prinzipien wie Subsidiarität, Haftungsausschluss für andere Eurostaaten, Wettbewerb zwischen den Nationen, Unabhängigkeit der EZB und die Rechtsstaatlichkeit verletzt worden. Der blinde Glaube an den Euro und seine angebliche Alternativlosigkeit machen es unmöglich, die Ursachen der Krise zu korrigieren. **Die sogenannte Eurorettungspolitik ist ein Fass ohne Boden.** Schon die bisherigen Krisen haben gezeigt, dass ein abruptes und chaotisches Ende des Euro nicht ausgeschlossen werden kann - ausgelöst durch Erschütterungen auf den Finanzmärkten oder durch eine politische Krise in einem Mitgliedsland. **Auch deshalb plädiert die AfD für einen geplanten und geordneten Ausstieg aus dem Einheitseuro.** Bisher wurden die unterschiedlichen ökonomischen Kulturen in den Mitgliedsländern den Bedürfnissen einer Einheitswährung

¹ Dieser Text ist eine Kurzfassung des vollständigen Programms. Bevor aus den notwendigen Verkürzungen Missverständnisse entstehen, wird gebeten die verbindliche Langfassung zu nutzen.

untergeordnet. Die AfD plädiert für den umgekehrten Weg, für eine Währungsordnung, in der sich die Währungen den unterschiedlichen Ökonomien anpassen können.

Die AfD fordert eine Auflösung, zumindest aber eine vollständige währungspolitische Neuordnung des Euro-Währungsgebietes. Als erster Schritt muss dazu jedem Land das Recht eingeräumt werden, die Eurozone zu verlassen, ohne aus der EU auszusteigen. Davon sollten die Länder Gebrauch machen, die die Bedingungen der Währungsunion nicht erfüllen können oder wollen. Andernfalls sollten die stabilitätsorientierten Euroländer unter sich ein kleineres, am Maastricht-Vertrag angelehntes Währungssystem bilden. Dabei kann man sich an dem vor 1998 bestehenden Europäischen Währungssystem (EWS) orientieren. Damals gab es feste, in Ausnahmefällen aber anpassungsfähige Wechselkurse, mit denen Währungsstabilität und Wettbewerbsfähigkeit der teilnehmenden Länder gesichert wurde. Wenn keine dieser beiden Lösungen erreicht werden kann, **muss Deutschland den Austritt aus der Euro-Währungsunion anstreben.** Analog zum Vorgehen bei der Einführung des Euro können beim Austritt übergangsweise Parallelwährungen getrennt für den baren und den unbaren Zahlungsverkehr eingeführt werden. **Die AfD fordert:**

- Ein deutsches Veto gegen weitere Hilfskredite des ESM. Der ESM ist aufzulösen und die Ausnahmeregelung im Lissabon-Vertrag (Art. 136 Abs. 3 AEUV) ist aufzuheben.
- Nachdem das Bundesverfassungsgericht die EZB-Ankündigung eines unbegrenzten Ankaufs von Staatsanleihen (OMT-Programm) als verfassungswidrig eingeschätzt hat und der EZB vom Bundesverfassungsgericht damit bescheinigt wurde, gegen das Verbot der monetären Staatsfinanzierung zu verstoßen, ist das Programm sofort zu beenden. Der EZB ist der Kauf von Staatsanleihen generell zu untersagen.
- Das Stimmgewicht in der EZB muss dem Kapitalschlüssel (Deutschland: 27 %) entsprechen. Gleichzeitig ist sicherzustellen, dass grundlegende Entscheidungen nur mit einer qualifizierten Mehrheit von 75% getroffen werden können.
- Der Missbrauch des Euro-Zahlungsverkehrssystems "Target 2" als billiger Kreditersatz für Krisenländer ist zu beenden. Das bereits entstandene, milliardenschwere Ausfallrisiko zu Lasten der Geber-Länder ist schrittweise zurückzuführen. Der Ausgleich neu entstehender Target-Salden ist ab sofort jährlich vorzunehmen.
- Im Falle einer Beendigung oder Verkleinerung der Währungsunion muss gesichert sein, dass die **Goldbestände der Bundesbank** nicht als Pfand zurückgehalten werden können. Sie sind deshalb zügig nach Frankfurt zurückzuführen.
- Um Währungsverbände kalkulierbarer zu machen, fordert die AfD, dass sich die Mitgliedsstaaten der

Eurozone - unter Einbeziehung der Erfahrungen des Pariser Clubs - auf ein verbindliches staatliches Insolvenzverfahren einigen.

- Bevor die Steuerzahler anderer Länder in Anspruch genommen werden, sollten die finanziellen Folgen der Misswirtschaft zunächst durch eine Solidaritätsabgabe der Vermögenden im eigenen Land reduziert werden.

Grundsätzlich sollte jedes Land für die Stabilität seines Bankensystems selbst verantwortlich sein. **Deshalb lehnt die AfD eine europäische Bankenunion ab** und fordert stattdessen die Re-Nationalisierung der Stabilisierungsbemühungen des Bankensektors. Mit der geplanten europäischen Einlagensicherung würden im Krisenfall nicht nur die deutschen Einlagen im ESM, sondern auch noch die Schulden ausländischer Banken unseren Sparern und Steuerzahlern aufgebürdet. Auch die Bankenaufsicht sollte in der Verantwortung der einzelnen Mitgliedsländer liegen. Banken sollten nicht länger auf Grund ihrer angeblichen Systemrelevanz zur Erpressung von Regierungen und Steuerzahlern verwenden können.

Die AfD fordert:

- Die Aufspaltung von Großbanken in kleinere Einheiten nach schwedischem Vorbild. Banken, die ihr Eigenkapital riskiert und verloren haben, müssen abgewickelt werden.
- Banken, die ihre Marktmacht missbrauchen (wie z. B. bei den jüngsten LIBOR-Manipulationen), müssen **scharf bestraft werden.** Ihnen ist entweder die Banklizenz zu entziehen oder sie sind in kleinere Institute aufzuspalten.
- Banken, Hedgefonds und „Schattenbanken“ haben künftig eine verpflichtende **Eigenkapitalquote von mindestens 25%** sicherzustellen. Dies stärkt die Verantwortlichkeit der Eigentümer und setzt entsprechende Anreize für das Management. Bei steigender Risikoklasse ist die Eigenkapitalquote zu erhöhen. Risikomanagement-Modelle und neue Finanzprodukte sind den Aufsichtsbehörden zur Genehmigung vorzulegen. Verstöße des Bankmanagements gegen diese Regeln müssen zivil- und strafrechtliche Konsequenzen haben.
- Banken müssen auch für **Staatsanleihen** entsprechend dem realen Risiko Eigenkapital als Risikopuffer vorhalten. Es ist untragbar, dass Griechenland-Anleihen mit einem geringeren Risiko bewertet werden als Kredite für den deutschen Mittelstand.
- **Bonuszahlungen für Banker sind auf ein Sperrkonto einzuzahlen**, das erst nach Ablauf einer Frist von fünf Jahren freigegeben wird. Falls Entscheidungen des Managements sich als verlustträchtig erweisen, können die Bonuszahlungen zurückgerufen werden. Bankvorständen, die Verantwortung für persönliches Fehlverhalten oder für den Zusammenbruch einer Bank tragen, ist keine Abfindung zu gewähren.

- Systemrelevante Banken müssen im Fall einer drohenden Insolvenz zunächst durch Verzehr des Eigenkapitals und dann durch Umwandlung von Fremdkapital in Eigenkapital rekapitalisiert werden. Die fast unverzinslichen Sparguthaben und Girokontenbestände sind davon unter allen Umständen auszunehmen. Dagegen sind Fremdkapitalgeber, die für das eingegangene Kreditrisiko höhere Zinsen erhalten haben, nicht zu schützen.

Für mehr Demokratie und gegen EU-Zentralismus!

Die AfD fordert eine **Abkehr von der Politik des Zentralismus** hin zu einer Aufgabenerledigung möglichst nah am Bürger. Das Subsidiaritätsprinzip muss wieder zur Geltung kommen. Die AfD setzt sich dafür ein, die Kompetenzverteilung zwischen der EU und den Mitgliedsstaaten nach dem Subsidiaritätsprinzip zu überprüfen und, wo immer möglich, eine Rückgabe von Kompetenzen an die einzelnen Länder durchzusetzen. Zudem muss die **deutsche Sprache** als Ausdruck des Gewichts Deutschlands in der EU in allen europäischen Institutionen als gleichwertige Verhandlungs- und Verfahrenssprache praktiziert werden.

Die AfD setzt sich für mehr direkte Demokratie und eine stärkere Beteiligung der Bürger an wichtigen Entscheidungen ein. Hätte man die Einführung des Euro damals auch den deutschen Wählern zur Entscheidung vorgelegt, stünde Europa heute besser da. Die Entfernung der Entscheidungsträger in Brüssel von Problemen und Aufgaben in den Ländern, Regionen und Kommunen hat häufig zu weltfremden Entscheidungen geführt.

Die AfD fordert die **Wiederherstellung von Vertragstreue und Rechtsstaatlichkeit.** Staatliche Organe dürfen sich grundsätzlich nicht über Gesetze und Verträge hinwegsetzen – auch nicht für den Erhalt des Euro.

Die AfD will ein wirksames **Vetorecht der nationalen Parlamente** gegen Entwürfe von Gesetzgebungsakten der EU-Organe. Durch das Veto eines nationalen Parlaments würde die beabsichtigte Maßnahme in dem betreffenden Land nicht umgesetzt werden dürfen.

Die EU soll dem Bürger dienen, nicht umgekehrt. Deshalb setzt sich die AfD in Anlehnung an die „Europäische Bürgerinitiative“ für ein **Bürger-Veto ein.** Mit dem Bürger-Veto soll - ähnlich wie in der Schweiz - innerhalb einer bestimmten Frist (z.B. sechs Monate) mit einem definierten Quorum eine EU-Gesetzgebung in dem jeweiligen Mitgliedsstaat blockiert werden können. **Die AfD fordert:**

- Die Beendigung des kostspieligen, zeitaufwändigen **doppelten Parlamentssitzes** in Brüssel und in Straßburg.
- **Die Anzahl der EU-Kommissare** auf die Bereiche der Kernkompetenzen zu reduzieren. Die Praxis, für jedes

Land der EU ein Kommissariat einzurichten, ist zu beenden.

- **Die Halbierung der Anzahl der EU-Beamten** von derzeit 50.000 innerhalb von sieben Jahren. Parallel ist eine drastische Effizienzsteigerung der Verwaltung voranzutreiben.
- **Die Reduzierung der steuerlichen Vergünstigungen** für EU-Beamte, EP-Abgeordnete, Richter und andere EU-Amtsträger. Mitarbeiter der EU sind, unabhängig von ihrem Status, zu besteuern wie jeder andere Bürger auch.
- **Eine deutliche Senkung der Ausgaben des EU-Haushalts.** Das System der bedarfsunabhängigen Budgetsteigerung der EU lehnt die AfD ab.
- Maßnahmen zur Eindämmung des überbordenden **Lobbyismus** in der EU, der allzu oft zu unnötigen Gesetzen und zu neuen Ausgaben und Subventionen führt.
- **Verzicht auf die überflüssigen Zeitumstellungen** und Beibehaltung der Normalzeit (Winterzeit).

Europa hat geografische, kulturelle und historische Grenzen, die von der EU nicht missachtet werden dürfen. **Aus diesen Gründen lehnt die AfD die Aufnahme der Türkei in die europäische Union ab.** Die Aufnahmeverhandlungen mit der Türkei sind zu beenden. Nichteuropäische Länder können im Rahmen von Assoziierungsabkommen an der europäischen Nachbarschaftspolitik partizipieren. Die AfD wird sich dafür einsetzen, dass die Aufnahme weiterer Länder Europas in die EU erst nach Erfüllung aller Aufnahmekriterien sowie nach einer Konsolidierung der EU in ihrer heutigen Gestalt in Erwägung gezogen werden kann. Voraussetzung ist jeweils eine Volksabstimmung in Deutschland.

Die AfD bejaht die gemeinsame Verfolgung europäischer Interessen und damit eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU in den Bereichen, in denen die EU gemeinsame Interessen ihrer Mitgliedsstaaten vertritt. In Politikbereichen, für die nach EU-Recht die Nationalstaaten zuständig sind, muss sich die Außen- und Sicherheitspolitik an den nationalen Interessen orientieren.

Das gemeinsame außenpolitische Interesse der EU ergibt sich aus der Schnittmenge der unterschiedlichen nationalen Interessen. Dabei kommt für Deutschland neben dem guten Verhältnis zu Frankreich, den anderen Nachbarn und den USA, auch dem Verhältnis zu Russland eine besondere Bedeutung zu. Die Einbindung in den Westen darf Deutschland nicht daran hindern, dem Nachbarn im Osten besondere Aufmerksamkeit zu widmen und daran mitzuwirken, Probleme zwischen Russland und anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion im Einvernehmen mit diesen zu lösen. Das gilt auch für eventuelle Beitritts- oder Assoziierungsgespräche.

Die Nato ist und bleibt die Klammer einer transatlantischen Sicherheitsarchitektur, deren entscheidender Anker das Bündnis mit den USA ist. **Für einen europäischen Verteidigungsminister oder gar eine europäische Armee bleibt daneben kein Raum.** Eine Mitwirkung der Bundeswehr an militärischen Einsätzen, die einzelne EU-Länder ohne vorherige Abstimmung begonnen haben, befürwortet die AfD nicht, es sei denn, es besteht daran ein begründetes nationales deutsches Interesse. Die AfD lehnt jede Vergemeinschaftung von Polizei, Militär und Geheimdiensten ab und **verwahrt sich gegen alle Versuche, diese Kräfte zur Unterdrückung politischer und sozialer Unruhen in einzelnen Mitgliedsländern einzusetzen.**

Für eine wettbewerbsfähige und soziale EU

Die AfD setzt sich für eine nachhaltige Wirtschafts- und Sozialpolitik ein. Sie tritt für fairen Wettbewerb innerhalb Deutschlands und zwischen den Teilnehmern des Europäischen Binnenmarkts ein. Die AfD steht für eine gerechte und faire Sozialpolitik. Sie fordert insbesondere nachhaltige Sozialversicherungssysteme, die solide und Generationen übergreifend finanziert sind. Nach Auffassung der AfD ist Wirtschaftspolitik eine Aufgabe der einzelnen Mitgliedsstaaten. Sie muss jedoch mit den Grundsätzen des europäischen Binnenmarktes kompatibel sein und den Wettbewerb stärken, um die Mitgliedsstaaten wirtschaftlich leistungsfähiger zu machen. Ungerechtfertigte Wettbewerbsbeschränkungen auf dem Europäischen Binnenmarkt müssen durch die Europäische Wettbewerbsaufsicht aufgehoben werden. Eine inakzeptable Marktzutrittsbarriere stellt z. B. die **Zwangsmitgliedschaft** in Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern und ähnlichen Standesvereinigungen dar. Die AfD setzt sich entschieden für den Erhalt der traditionellen Handwerker Ausbildung und der entsprechenden Qualifikationsprüfungen ein. Es darf keine europäischen Bestrebungen geben, den **Meisterbrief** abzuschaffen.

Freier Handel ist eine wesentliche Grundlage unseres Wohlstands. Der Europäische Binnenmarkt ist ein überzeugendes Beispiel dafür. Das gegenwärtig unter Ausschluss der Öffentlichkeit verhandelte **Freihandelsabkommen** „Transatlantic Trade and Investment Partnership“ (TTIP) zielt jedoch auf eine Verwässerung des Verbraucherschutzes, des Umweltschutzes, der Rechtssicherheit, der Sozialstandards und der Kulturpolitik. Zudem darf das Abkommen eine weitere Ausgestaltung dieser Bereiche durch die demokratisch legitimierten Gesetzgeber in den Mitgliedsstaaten und in der EU nicht ausschließen. **Unter diesen Umständen lehnt die AfD eine Beschlussfassung über das Freihandelsabkommen mit den USA ab.**

Der Mensch steht für die AfD im Mittelpunkt der Politik. Eine prosperierende Wirtschaft ist kein Selbstzweck, sie muss den Menschen dienen und nicht umgekehrt. Die AfD

ist deshalb der Überzeugung, dass es in Deutschland eine verlässliche soziale Absicherung für Geringverdiener geben muss. Diese Absicherung muss ein menschenwürdiges Leben und ein Mindestmaß an sozialer Teilhabe in Deutschland gewährleisten.

Ein **gesetzlich festgelegter, flächendeckender Mindestlohn kann dies nicht leisten**, da viele Menschen in prekären Arbeitsmarktsituationen nur wenige Stunden Arbeit haben. Zudem sind diese Arbeitsplätze gerade durch den Mindestlohn gefährdet. In der sozialen Marktwirtschaft sollte der Staat die soziale Unterstützung in Form von Einkommensbeihilfen bereitstellen. Dies hat seit 1949 gut funktioniert. Der Staat sollte sich jetzt nicht darum drücken. Die AfD steht zu der im Grundgesetz verankerten Tarifautonomie. Diese wird durch gesetzlich festgelegte Mindestlöhne in Frage gestellt. Stattdessen ist durch die Tarifverhandlungen sicherzustellen, dass Arbeitgeber sich nicht durch **Lohndumping** Wettbewerbsvorteile auf Kosten der Arbeitnehmer verschaffen können.

Ausländische Arbeitnehmer sind in den Mitgliedsstaaten genauso zu entlohnen und unterliegen gleichen gesetzlichen Regelungen wie inländische Arbeitnehmer. Dadurch kann eine stärker qualifikationsbezogene Auswahl und Einstellung von Arbeitskräften durch die Wirtschaft gewährleistet werden. **Der Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen zulasten ausländischer und deutscher Arbeitnehmer ist zu unterbinden.** Die derzeitigen gesetzlichen Regelungen, wie beispielsweise das Entsendegesetz, sind weitgehend ausreichend. Allerdings verlangt die AfD wirkungsvollere Kontrollen zu ihrer Einhaltung.

In verschiedenen europäischen Krisenländern ist die **Jugend Arbeitslosigkeit** mit weit über 50 Prozent ein besonderes soziales und ökonomisches Problem. Die Zukunftsfähigkeit ganz Europas wird durch eine „verlorene Generation“ und durch die Auswanderung der Jugend langfristig gefährdet. Vorrangig ist die Lösung dieses Problems eine nationale Aufgabe der Krisenstaaten, da die Ursachen oft in unzureichenden Reformen der dortigen verkrusteten Arbeitsmärkte liegen. Die von der AfD angestrebte Neuordnung des Währungssystems wäre mit einer Abwertung der Währungen der südlichen Länder Europas verbunden und könnte einen wichtigen Beitrag zur Wiederherstellung ihrer Wettbewerbsfähigkeit damit zu neuem Wachstum und neuen Arbeitsplätzen besonders für Jugendliche führen.

Die AfD tritt für ein offenes und ausländerfreundliches Deutschland ein und bejaht sowohl die Niederlassungsfreiheit als auch die Arbeitnehmerfreizügigkeit. Unsere demographische Entwicklung erfordert eine qualifizierte Zuwanderung, durch welche die Versorgung einer alternden Bevölkerung ebenso sichergestellt werden kann wie der Bedarf der Wirtschaft an hochqualifizierten Arbeitskräften. Die Einkommen, die Sozialleistungen und die Lebensstandards unterscheiden sich innerhalb der EU

stark. Das Wohlstandsgefälle zu Deutschland ist teilweise erheblich. Der verfrühte Beitritt Rumäniens und Bulgariens, in denen heute pro Einwohner nur knapp halb so viel Bruttoinlandsprodukt erzielt wird wie im Rest der EU, führt zu verstärkter Migration auf Basis der EU-Freizügigkeitsrichtlinie. Das deutsche Sozialstaatsprinzip steht daher in einem Spannungsfeld mit dem Recht der Migranten auf freie Wohnsitzwahl als Arbeitnehmer, dem Prinzip der Nichtdiskriminierung sowie der sozialen Inklusion für alle Bürger. Langfristig drohen eine **Überforderung der Sozialbudgets und die Erosion des Sozialstaates. Die AfD fordert:**

- **Leistungslose Einkommen** dürfen weder Anreize zu verstärkter Zuwanderung setzen noch die Suche nach bezahlter Arbeit unattraktiv machen.
- Die Niederlassungsfreiheit darf nicht durch **Scheinselbstständigkeiten** dazu missbraucht werden, Anrechte auf Sozialleistungen zu erlangen.
- Ausländische EU-Bürger, die wegen einer **Straftat** rechtskräftig verurteilt wurden, sind konsequent abzuschicken. Bestandskräftige Abschiebebescheide müssen zeitnah vollzogen werden. Die Wiedereinreise ausgewiesener Ausländer ist durch geeignete Maßnahmen wie etwa die Erhebung biometrischer Daten zu unterbinden.
- **Eine Einwanderung in deutsche Sozialsysteme lehnt die AfD strikt ab.** Sozialleistungen für Zuwanderer sind ohne jede Einflussnahme der EU ausschließlich nach deutscher Gesetzgebung zu gewähren. Leistungen wie ALG II (Arbeitslosengeld), Kinder- und Wohngeld sollen nur solche Zuwanderer erhalten, die in erheblichem Umfang Steuern, bzw. Sozialversicherungsbeiträge in Deutschland gezahlt haben oder deren Eltern das getan haben. Wenn Zuwanderer in Deutschland keine ausreichenden Mittel aus Erwerbseinkommen, Vermögen, Unterhalt, oder Sozialleistungen zur Verfügung haben, müssen sie in ihre Heimat zurückkehren.
- Kindergeld und Sozialleistungen sind nur für **die in Deutschland lebenden Kinder** der Einwanderer zu bezahlen.
- **Die Zuwanderung von Nicht-EU-Arbeitskräften sollte sich ausschließlich nach dem hiesigen Bedarf richten.**
- Eine unkontrollierte Zuwanderung in die EU-Staaten muss durch Kontrolle der EU-Außengrenzen verhindert werden. Die Unterstützung der Mittelmeer-Anrainer Afrikas bei der Bekämpfung der **Schlepper-Kriminalität** muss ausgeweitet werden, was sich nicht nur auf Schulung und Training der Behörden vor Ort beschränken darf.
- Die AfD setzt sich für ein Einwanderungsrecht mit „Punktesystem“ nach **kanadischem Vorbild** ein, das die Interessen Deutschlands und die Chancen der

Zuwanderer auf erfolgreiche Integration in unsere Gesellschaft gleichermaßen berücksichtigt.

Die AfD zur Asylpolitik:

- **Humanitäre Hilfe und Hilfe für Kriegsflüchtlinge ist unbedingt zu gewährleisten und zu verbessern.** Dies sollte nach Möglichkeit heimatnah geschehen, da so mit den verfügbaren Mitteln mehr erreicht werden kann und die betroffenen Menschen weniger stark entwurzelt werden.
- Die entstehenden sozialen und finanziellen Folgen sind **unter den Ländern der EU fair zu verteilen.** Den peripheren Staaten der EU darf nicht die Hauptlast der Asylpolitik zukommen.
- Innerhalb der EU sind gemeinsame Mindeststandards für die Versorgung und Unterbringung der Asylbewerber anzustreben.
- Die **Entscheidungsdauer über einen Asylantrag** ist unter Beachtung rechtsstaatlicher Grundsätze zu verkürzen.
- **Auch Asylbewerbern ist das Recht auf Arbeit zu gewähren,** da es der Ghettoisierung vorbeugt, Kosten vermeidet und im Falle eines positiven Entscheides eine schnellere Integration befördert.
- Gleichzeitig muss eine verstärkte Bekämpfung von kriminellen Schlepperbanden hier und in den Herkunftsländern vorangetrieben werden.
- Die Unterstützung von Herkunfts- und Drittstaaten über außen- und entwicklungspolitische Maßnahmen ist eine wichtige Voraussetzung, um diese in den Kreis der sicheren Staaten zu integrieren.

Für die AfD ist **Bildung** eine der wichtigsten volkswirtschaftlichen und individuellen Ressourcen. Bildungspolitik - Politik für Schulen, Berufsausbildung und Hochschulpolitik - **muss in nationaler Kompetenz verbleiben** und auf lokale Traditionen und Bedürfnisse ausgelegt sein. Die Bildungsforschung darf sich nicht nur an europäischen Vorgaben ausrichten. Dagegen sieht die AfD die Förderung der Mobilität der jungen Generation und die gegenseitige Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen als gemeinsame Aufgabe in der EU. Neben den im Ausland erworbenen Qualifikationen dient er dem Verständnis und der Freundschaft der europäischen Völker und ist damit auch künftig eine wesentliche Quelle des innereuropäischen Friedens.

Die Neustrukturierung der Studiengänge im Rahmen des sogenannten Bologna-Prozesses hat vor allem in der Lehre die traditionellen Stärken der deutschen Universität durch überbordende Bürokratie schwer beschädigt. Entgegen dem ursprünglichen Plan hat der Bologna-Prozess zu einer Verschlechterung der Vergleichbarkeit von Abschlüssen, zu geringerer Mobilität und einer zu weitgehenden Verschulung des Studiums geführt.

Die AfD fordert:

- Den Universitäten muss die Möglichkeit gegeben werden, neben den neu eingeführten Bachelor- und Master-Studiengängen auch **zu den bewährten Diplom-, Staatsexamens- und Magisterstudiengängen zurückzukehren**.
- Von einer undifferenzierten, politisch verordneten **Erhöhung der Akademikerquote** in der EU ist abzusehen. Deren Folgen, z.B. die noch größere Massenuniversität, lehnt die AfD ab. Sie setzt sich dagegen für ein angemessenes Niveau und die Verstärkung des universitären Lehrpersonals ein.
- Das **ERASMUS-Programm** für Bildung, Ausbildung, Kultur und Sport soll weiter ausgebaut werden. Die AfD unterstützt Anstrengungen, den europäischen Austausch im Rahmen von Jugendverbänden und -gruppen finanziell und organisatorisch zu fördern.
- Innerhalb der EU muss die Mobilität von Studierenden, Auszubildenden und jungen Arbeitnehmern gefördert werden, um deren persönliche und berufliche Entfaltungsmöglichkeiten zu maximieren. Auch junge Menschen ohne gymnasiale Bildung sind hierbei einzuschließen.
- Das System der beruflichen Aus- und Weiterbildung ist weiter auszubauen. **Das duale Ausbildungssystem**, die Kombination schulischer und betrieblicher Bildung, ist ein deutsches Erfolgsmodell, das verantwortlich für die relative geringe Jugendarbeitslosigkeit ist. Dieses in Deutschland zu erhalten und mitzuhelfen, es in anderen Ländern Europas einzuführen, ist das Ziel der AfD.
- Die Anrechenbarkeit vergleichbarer Bildungs- und Ausbildungsabschlüsse soll verbessert werden.

Die AfD strebt die Gleichberechtigung der Geschlechter unter Anerkennung ihrer unterschiedlichen Identitäten, sozialen Rollen und Lebenssituationen an.

Die AfD lehnt ein "Gender Mainstreaming", das auf eine Aufhebung der Geschlechteridentitäten zielt, ab. Entsprechende finanzielle Förderungen sind ebenso einzustellen wie etwaige Bestrebungen der EU, den Nationalstaaten eine solche Politik aufzuzwingen.

Die AfD fordert:

- Die Offenlegung aller bislang zur Durchsetzung von angeblichen Gleichstellungsvorhaben geflossenen Gelder der EU.
- In der Privatwirtschaft wie im Öffentlichen Dienst muss bei Stellenbesetzungen im Grundsatz die Qualifikation, nicht das Geschlecht den Ausschlag geben. **Chancengleichheit für Frau und Mann** auf allen gesellschaftlichen Feldern zu unterstützen und einzufordern muss das übergeordnete Ziel der Politik

sein, anstatt Quotenregelungen und einzelfallbezogene Vorschriften zu erlassen.

- **Behinderte Mitbürger** und ihre pflegenden Angehörigen sollen bei gleicher Qualifikation beruflich bevorzugt werden, denn ihnen stehen in besonderem Maße der Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft zu.

Energiepolitik ist primär eine Angelegenheit der Mitgliedsstaaten. In einigen Bereichen (z.B. Leitungsnetze, Energiespeicher) ist eine europäische Zusammenarbeit jedoch sinnvoll und notwendig. Bei der Energieerzeugung kann es zu grenzüberschreitenden Umweltbeeinträchtigungen kommen. Die AfD fordert deshalb die europaweite Harmonisierung der Sicherheitsvorschriften und Emissionsgrenzwerte, orientiert am Stand der Technik und nicht einer bestimmten Ideologie. Forschung und Entwicklung von innovativen Technologien und neuen Verfahren, die langfristig die fossilen Energieträger ablösen können, sollen gefördert werden. Langfristig soll Deutschland seine Abhängigkeit von importierten Energieträgern reduzieren. **Die dauerhafte Subventionierung jeglicher Art der Energieerzeugung lehnt die AfD ab.**

Das EEG muss komplett abgeschafft werden. Ansprüche von Altanlagen-Besitzern sind rechtskonform abzufinden. Alle Energiemarkt-Eingriffe durch Subventionen wie z. B. staatlich garantierte Vergütungen oder Vorrangspeisung für bestimmte Stromerzeugungsanlagen, sind sofort einzustellen.

Die AfD setzt sich dafür ein, dass der bäuerlichen **Landwirtschaft** wieder die Möglichkeit eröffnet wird, sich ohne Produktionsbeihilfen ein ausreichendes Einkommen zu sichern. Die AfD fordert eine **umfassende Reform der gemeinsamen Agrarpolitik** der EU mit dem Ziel, die Subventionen deutlich zu reduzieren. Die Direktzahlungen (sog. „1. Säule“) sollen mit Ausnahme von Krisenfonds und Katastrophenschutzfonds innerhalb von 10 Jahren komplett abgebaut werden. Wo die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirte nicht erreicht wird, können – außerhalb des Agrarhaushalts – Einkommen im Umweltschutz und im Erhalt ländlicher Infrastruktur angeboten werden.

Die AfD fordert:

- Die EU-Qualitätsstandards im Import und Export dürfen nicht zu verdecktem Protektionismus führen. Es muss **transparente Qualitätsstandards** innerhalb der EU geben, um die Nachfrage nach werthaltigen Produkten zu fördern.
- Es wird ein ausgewogenes Verhältnis von landwirtschaftlicher Fläche zum Tierbesatz angestrebt, um **die Belastungen der Umwelt aus der Tierproduktion** zu verringern. Eine effiziente Tier- und Pflanzenproduktion darf nicht die menschliche Gesundheit gefährden, z.B. durch übermäßigen Antibiotika-Gebrauch oder Rückstände.

- Zur **Stabilisierung der Ökosysteme** und des Wasserhaushalts wird eine stärkere Vernetzung von landwirtschaftlich genutzten Böden mit naturbelassenen Flächen angestrebt.
- Die AfD lehnt eine generelle oder auch spezifische **Zulassung genmanipulierter Landwirtschaftsprodukte** (z.B. Genmais) durch die EU ab. Die Entscheidung des Anbaus experimenteller Sorten muss in der Verantwortung der Mitgliedsstaaten bleiben.
- Die AfD will, dass **alte Landsorten** auch weiterhin ohne Sortenschutz und ohne umfangreiche Zertifizierung gehandelt und angebaut werden dürfen.
- **Exportsubventionen der EU** sollten verringert und der Außenhandelschutz schrittweise abgebaut werden. Beides erhöht die wirtschaftlichen Chancen für Entwicklungsländer und mindert unter Umständen den Migrationsdruck.

Grundsätzlich ist es Aufgabe der Mitgliedsstaaten bzw. der Länder und Kommunen, ihre eigenen Infrastrukturen sicherzustellen. Die AfD will, dass das so bleibt. Die Entscheidung, ob Güter der sogenannten Daseinsvorsorge (z. B. Wasserversorgung) in öffentlicher oder privater Verantwortung anzubieten sind, darf nicht zentral vorgegeben, sondern muss von den Bürgerinnen und Bürgern in den Kommunen selbst getroffen werden. Das **Gemeinwohl muss bei der Infrastruktur Vorrang vor Privatinteressen** haben. Es darf nicht sein, dass das Kostenrisiko beim Staat bleibt und die Gewinne privatisiert werden.

Aus EU-Mitteln geförderte **Infrastrukturprojekte** sind ausnahmslos durch den Europäischen Rechnungshof begleitend zu überwachen. Im Straßenverkehr sollen sich die Bürger in Europa frei bewegen können. Darum dürfen die inzwischen gefallenen Grenzkontrollen nicht durch neue zwischenstaatliche Barrieren ersetzt werden. **Deshalb lehnt die AfD Straßengebühren in Europa ab.** Die Kosten für Bau, Betrieb und Erhalt von Straßen und Autobahnen werden in den meisten Ländern bereits über Mineralöl- und Kfz-Steuer mehr als abgedeckt. Der AfD erscheint diese Art der Straßenfinanzierung als ausreichend, einfach und vernünftig.

Die Alternative für Deutschland fordert mit Nachdruck ein umfassendes Recht des Bürgers, über seine personenbezogenen Daten selbst zu bestimmen. Die AfD fordert daher, dass Deutschland und die EU bei der Gestaltung der rechtlichen Rahmenbedingungen der digitalen Gesellschaft stets die Lösungen suchen und realisieren, die die Grundrechte auf Meinungsfreiheit und informationelle Selbstbestimmung, das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis sowie die Unverletzlichkeit der Wohnung bestmöglich schützen. **Die AfD fordert:**

- Die anlasslosen, unkontrollierbaren oder das Prinzip der Verhältnismäßigkeit verletzenden **Überwachungsmaßnahmen sind einzustellen.** Dazu gehört auch die von

der EU geforderte Vorratsdatenspeicherung. Die Effektivität staatlicher Überwachungsmaßnahmen zur Verhinderung oder Bekämpfung schwerer Straftaten muss transparent und quantitativ öffentlich bewiesen werden.

- Nationale Ressourcen, die die Länder Europas so weit wie möglich **gegen Datenspionage** jeder Art und digitale Aggression schützen, sind aufzubauen.
- **Der massenhafte Transfer von Daten europäischer Bürger an die Sicherheitsbehörden der USA** und anderer nichteuropäischer Staaten ist zu beenden. Das gilt insbesondere für den Transfer von Daten von Auslandsüberweisungen aufgrund des SWIFT Abkommens sowie für die Übermittlung von Fluggast-Daten.
- Die Speicherung und Übertragung digitaler Daten von Bürgern und Unternehmen ist wirksam durch **hochwertige Verschlüsselungstechniken** zu schützen.
- Kommerziell gespeicherte **personenbezogene Daten** sind spätestens sechs Monate nach Abschluss der letzten Geschäftsbeziehung **zu löschen.** Die Datensätze sind auf ein eventuell gesetzlich vorgeschriebenes Mindestmaß zu reduzieren.
- **Verschärfte Haftungsregelungen** sind auf Firmen anzuwenden, bei denen ein fahrlässiger Verlust oder eine vorsätzliche Offenbarung personenbezogener Kundendaten an Dritte eingetreten ist.
- Beim Abschluss von Verträgen zwischen Firmen und Privatpersonen über das Internet muss klarer erkennbar sein, wie gut geschützt die persönlichen Daten sind. Dies soll durch die Einführung eines einfachen und anhand einheitlicher Kriterien bewertbaren Ampelfarbensystems in den Datenschutzrichtlinien möglich gemacht werden.
- Alle öffentlichen Behörden und Einrichtungen haben einen Plan zur Umstellung auf **freie, quelloffene** Software vorzulegen.

Mut zu Deutschland!

Nie waren im Süden Europas die sozialen Verwerfungen schlimmer, nie war im Euroraum die Arbeitslosigkeit, insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit, höher, nie war die Staatsverschuldung alarmierender und nie hatten die Staatsregierungen weniger Hemmungen, Verträge zu brechen und Stabilitätskriterien zu missachten, als heute. Die Altparteien haben die Zukunft Europas für die Euro- und Bankenrettung geopfert. **Dazu muss es eine Alternative geben!**

Bisher haben die Regierungen der Eurogruppe die Wahrheit durch EU-Kommissare, bürokratische

Regelwerke und verschleiernde Abkürzungen vernebelt. Ob ESM, ESFM, EFSF, OMT oder Eurobonds, am Ende wird es unser Geld kosten. Die AfD will diesen Nebel lichten! Die Bürger der Eurozone haben ein Recht darauf zu erfahren, welche sachfremden Interessen bei den Maßnahmen der Banken- und Eurorettung in den verschiedenen Krisenstaaten eine Rolle gespielt haben. Deshalb wird **die AfD im Europäischen Parlament einen Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses** einbringen. Die Akteure in der Brüsseler Kommission und der EZB, die für die Eurorettungspolitik verantwortlichen Politiker der Länder, wie auch die Vertreter der beratenden Banken sollen sich öffentlich für ihre oft im Geheimen getroffenen Maßnahmen rechtfertigen müssen.

Die AfD will Deutschlands Rolle in der EU wieder stärken. **Deutschland muss entsprechend seiner Einwohnerzahl und seiner ökonomischen Bedeutung entsprechend ein größeres Gewicht in den europäischen Institutionen zugestanden werden.** Sonst werde die EU-Kommission, der ESM und die EZB, in der die Nehmerländer die Mehrheit haben, immer häufiger Beschlüsse zu Lasten Deutschlands und anderer potenzieller Geberländer treffen.

Niemand kennt die Kosten der Euro-Rettung, doch sie werden bezahlt werden müssen! Noch nie haben nach dem Zweiten Weltkrieg so viele Politiker so viele Versprechen gebrochen und Gesetze missachtet wie es seit Mai 2010 zur Erhaltung der Einheitswährung der Fall ist. Für den Götzen des Euro haben die Altparteien die gedeihliche Zusammenarbeit zwischen den Völkern und den Wohlstand in den Ländern der Eurozone auf dem Altar einer Einheitswährung aufs Spiel gesetzt. Um diesen verhängnisvollen Weg ohne viele Widerstände beschreiten zu können, haben sie, die Bundeskanzlerin vorneweg, das Diktum der „Alternativlosigkeit“ zur Staatsraison erklärt. Die Rettung des Euro „koste es (die Deutschen, die Holländer, die Österreicher und die Finnen) was es wolle“, muss beendet werden. Dazu ist die Auflösung bzw. Umgestaltung der Eurozone zwingend nötig.

Gemeinsam mit Gleichgesinnten wird die AfD im Europäischen Parlament gegen diesen Überstaat und gegen die Euro-Schuldenpolitik kämpfen. Die AfD wird ihre parlamentarischen Frage- und Informationsrechte nutzen, um die deutschen Bürger rechtzeitig und angemessen vor den neuesten Entwicklungen zu warnen. Die AfD wird die deutschen Wähler aufrütteln angesichts des drohenden Verlusts unserer Souveränität an ein unausgeglichenes Konstrukt der Vereinigten Staaten von Europa. Die AfD wird der Leisetreterei und Bagatellisierungstaktik der Altparteien keine Chance lassen. Die AfD wird Europa zum Guten verändern, weil sie die Altparteien verändern wird.

Mit dem Wahlerfolg der AfD wird in Deutschland die Politik der schleichenden EU-Erweiterung und -Vertiefung am Ende sein, weil die Position der Altparteien unhaltbar werden wird. Wenn aber Union und SPD aus Angst vor dem Wählerwillen den Wählerwillen zu erfüllen beginnen,

dann kann Europa das werden, was es schon längst sein müsste: Ein demokratischer, rechtsstaatlicher Bund freier, souveräner Staaten mit einem großen, leistungsfähigen Binnenmarkt, der allen Völkern Wohlstand, Beschäftigung und soziale Sicherung bietet.